



<https://biz.li/53lr>

# PATTENSER GRÜNE VERMISSEN DIE CHANCENDEBATTE ZUR WINDKRAFT

Veröffentlicht am 08.04.2025 um 10:01 von Redaktion LeineBlitz

Die Region Hannover möchte durch ihre besonders geeigneten Bedingungen beim Ausbau der Windkraft Verantwortung übernehmen und die vorgeschriebenen Mindestflächen deutlich ausweiten. Kürzlich wurde dazu im Stadtrat eine interfraktionelle Resolution, initiiert durch die CDU und mitgetragen durch die UWG, zur Blockade des Windkraftausbaus in Pattensen angenommen. Die Resolution wurde mit einer Stimme mehrheitlich beschlossen. Da das Thema schon ewig auf der Tagesordnung existiert, fragt sich Dirk Landsberg, Vorsitzender des Ortsverbandes der Grünen: „Warum erst jetzt, wenige Tage vor der abschließenden Sitzung der Regionsversammlung? Noch im November 2023 hat die Versammlung den Entwurf des Regionalen



Raumordnungsprogrammes (RROP) einstimmig beschlossen. Möchte die CDU mal wieder den Begriff `konservativ` als `das bleibt hier alles so, wie es ist` interpretieren? Und warum erfolgt eine flächenmäßige Pauschablehnung, anstatt sich den sehr wenigen, konkret betroffenen BürgerInnen zuzuwenden? Wittert die Union mal wieder potentielle Stimmen, indem sie BedenkenträgerInnen nicht mit aufklärt, sondern die Sorgen schürt?“In der Resolution fehlen laut Landsberg konkrete, datenbasierte Grundlagen für die geforderte Flächenreduktion, ein „einfach nur weniger“ muss hier reichen. "Und was die vermeintlich eingeschränkten Stadtausbaumöglichkeiten angeht, werden die dafür üblichen, zeitlichen Horizonte, welche oft deutlich über der Betriebsdauer der Windräder liegen, natürlich ignoriert. Uwe Hammerschmidt, Ratsmitglied der GRÜNEN, fragt ergänzend, ob es nicht auch möglich sei, eine mögliche Trasse zwischen Windenergieanlagen durchzuführen. Das Argument, dass Schulenburg sich seiner Entwicklungspotenziale beraubt und dafür das ISEK als Begründung erhalten muss, ist eine einzige Farce. Es gibt trotz der ausgewiesenen Vorranggebiete ausreichendes Entwicklungspotenzial. Noch vor Kurzem hat die CDU versucht das ISEK in seiner Bedeutungslosigkeit noch weiter herabzusetzen", so Landsberg. Landsberg weiter: "Absurderweise wird die besondere Eignung der Gemeinde Pattensen sogar erwähnt, aber natürlich in keiner Zeile für die Resolution berücksichtigt. Dabei sind die Chancen wirklich vielfältig! Wir könnten einen unmittelbaren Beitrag zur Energiewende leisten, zur Unabhängigkeit von Energieträgern, zur Nachhaltigkeit und zum Klimaschutz über die Stadtgrenzen hinaus und in Verantwortung für andere Städte und Kommunen gehen, die unser Potenzial nicht haben. Es sollen hier schließlich kein Flughafen oder Autobahnen gebaut werden. Auch der (gerade durch die Resolutionsunterstützenden oft beklagte) Schuldenhaushalt, der mit den Anlagen durch die Akzeptanzabgabe entlastet werden könnte, findet keine Erwähnung."Und gerade zum Punkt Klimaschutz werde oft von den üblichen Blockierern der Nachhaltigkeit behauptet, Pattensen sei ja schon Vorreiter, man müsse nicht noch mehr tun, natürlich ohne wirkliche Beispiele dafür zu nennen. "Wenn aber die Chance zum konkreten Beitrag da ist, werden wieder Stöcker in die Speichen gehalten, damit auch bloß alles so bleiben möge, wie es ist. Und die schon jetzt überall sichtbare Klimakrise, Rekordtemperaturen, Dürrejahre und die bundespolitische Pflicht zum größtmöglichen Beitrag zur Energiewende werden konsequent ignoriert. Vielleicht würde ein Gemeinschaftsausflug zu einem Kohletagebau der Meinungsbildung zuträglich sein", sagt Landsberg. Schlussendlich sei es mal wieder das übliche „Wir haben ja nichts gegen die Energiewende, aber...“, was eine pseudo-Zustimmung zur Entwicklung suggeriert. "Das ständige Wiederholen dieser oder ähnlicher Phrasen macht sie nicht glaubwürdiger. Nur wenn es in die Umsetzung geht, entpuppt sich die Resolution als billiges NIMBY („not in my backyard“). Darum setzen sich die Pattenser GRÜNEN für eine differenzierte Sichtweise sowie Betonung der positiven Aspekte und gegen die gewohnt kurzsichtige und einseitige Blockade ein. Und sie bekennen sich klar zum konsequenten

Ausbau der Erneuerbaren Energien, da dies aus bekannten Gründen alternativlos ist", sagt Landsberg.